

# **Luthers Antwort auf Kajetans Ablassdekretale (30. Mai 1519).**

Von **Paul Kalkoff.**

In meiner Untersuchung über „die von Kajetan verfaßte Ablassdekretale“<sup>1)</sup> vom 9. November 1518 habe ich

<sup>1)</sup> In dieser Ztschr. Nr. 34 (IX. Jahrg. 1912) S. 142—171. Der beste Kenner der Reformationsgeschichte auf katholischer Seite, Nik. Paulus, hat in der Ztschr. f. kath. Theologie. Innsbruck 1913. 37, 394 ff. meine Ergebnisse mit dankenswerter Zustimmung zusammengefaßt und hinzugefügt, daß der wesentliche Teil der Bulle „Cum, postquam“ von Kajetan in den 1522 veröffentlichten Kommentar zum III. Teil des Hauptwerkes des hl. Thomas aufgenommen und danach von namhaften katholischen Theologen der Neuzeit auch benutzt worden ist, die nur versäumt haben, die Dekretale Leos X. als die maßgebende Grundlage für die Lehre von der Wirkung des Ablasses auf die Verstorbenen zu verwerten. Daß der Text Kajetans die schon auf das Original der Bulle und den bisher nur durch Luther bekannt gewordenen Originaldruck zurückgehende Auslassung des „regnum coelorum“ in der Definition der Schlüsselgewalt vermeidet, darf ich als einen weiteren Beweis für die Autorschaft Kajetans hervorheben. Die Auslassung findet sich übrigens noch in der 3. Auflage der „Qu. z. Gesch. des Papsttums“ von C. Mirbt. Tübingen 1911. S. 191, Zeile 42f. Besonders wertvoll ist mir die Zustimmung des Theologen Paulus zu meiner Auffassung, daß die Dekretale als kathedrale Entscheidung auch im Sinne des vatikanischen Konzils zu gelten hat, da sie definitiv ist und ihrer Tendenz nach die ganze Kirche verpflichtet, sowie die Feststellung, daß ihr Inhalt sich nicht auf die Glaubenswahrheiten im engeren Sinne bezieht, die Gegenstände der fides divina, sondern nur auf die aus ihnen abgeleiteten Lehren, so daß entgegengesetzte Behauptungen nicht als haereses, sondern nur als errores zu betrachten seien. Es ist dies ganz die Meinung Kajetans selbst, die von den deutschen Theologen und Kanonisten jener Tage vielfach geteilt wurde, wie ich in einer Untersuchung über „die Vollziehung der Bulle ‚Exsurge‘ durch den Bischof von Freising“ (ZKG. XXXV, 174 ff.) nachgewiesen habe.

gezeigt, wie der Legat erst im Frühjahr 1519 Gelegenheit hatte, die abschließende Erklärung der Kurie über den Ablassstreit dem Kurfürsten von Sachsen zu bindender Veröffentlichung in seinen Landen zuzustellen. Er ließ ihn gleichzeitig durch Miltitz auffordern, nun endlich seinen widerspenstigen Professor zum Widerruf seiner gegenteiligen Ansichten zu nötigen und zugleich die *suspensio a divinis* als erste selbstverständliche Folge des über ihn verhängten Bannes zu vollstrecken. Scharfe Drohungen gegen den Beschützer Luthers, der dem päpstlichen Urteil schon in seiner Erklärung vom 18. Dezember 1518 offenkundig den Gehorsam verweigert und die Forderung des delegierten Richters, Luther wenigstens auszuweisen, mißachtet hatte, fehlten nicht, obwohl sie gerade in jenem Augenblick den Absichten des Papstes wenig entsprachen, in dessen Auftrage Kajetan eben damals die ersten Eröffnungen über die dem Kurfürsten zugedachte Kaiserwürde machen mußte.

Mit ziemlicher Bestimmtheit kann man annehmen, daß Miltitz, der als päpstlicher Kommissar dem Legaten untergeordnet und von ihm mit dieser Sendung betraut worden war, von Friedrich nicht empfangen wurde, als er ihm auf seiner Reise zum Wahlorte am 27. Mai 1519 in Weimar begegnete. Denn er mußte sich dann auch in Frankfurt, obwohl mit einem Beglaubigungsschreiben des Nuntius Orsini ausgerüstet, eines weit delikateren Auftrags in schriftlicher Form entledigen; als er dann Anfang Dezember von Torgau nach dem Jagdschlosse in der Lochauer Heide ritt, um dem Kurfürsten die erste Drohung des Papstes bei Wiederaufnahme des Prozesses zu insinuieren, wurde er durch die Sekretäre Spalatin und Rudloff aufgehalten und wieder zur Einreichung einer schriftlichen Erklärung genötigt; nicht einmal den an sich ehrenvollen und wenig umständlichen Akt der Überreichung der Goldenen Rose hat Friedrich über sich ergehen lassen<sup>1)</sup>. So mußte Miltitz schon um dieser den Diplomaten wohlbekannten und auch von Aleander bitter empfundenen Unzugänglichkeit Friedrichs willen den mündlichen Auftrag Kajetans am 28. Mai schriftlich weitergeben, was der Gegen-

<sup>1)</sup> P. Kalkoff, *Die Miltitziaade. Eine kritische Nachlese zur Geschichte des Ablassstreites*, Leipzig 1911. S. 22 ff., 31.

partei selbstverständlich auch wegen der urkundlichen Festlegung derartig wichtiger Verhandlungen erwünscht war.

Der Kurfürst hat nun seinen ablehnenden Bescheid sofort durch ein Gutachten Spalatins ausführlich begründen lassen<sup>1)</sup>; da er schon am 30. Mai nach Frankfurt weiterreiste und der Kommissar ihm dann vorausreiten mußte, um dem Legaten auch die Ablehnung der erbetenen Zusammenkunft rechtzeitig mitzuteilen, so ist die Entgegnung Luthers auf die ihm durch Spalatin alsbald mitgeteilte Eingabe Miltzens nicht zur Kenntnis des Legaten gelangt<sup>2)</sup>. Der Hofkaplan wird dem Freunde nicht verhehlt haben, daß er und nach seinem Rate der Kurfürst die römischen Zumutungen schon mit hinlänglicher Deutlichkeit zurückgewiesen hätten. Daher wurde die Antwort Luthers in deutscher Sprache gegeben, weil sie eben nur für den Kurfürsten bestimmt war, während der Bericht über das Augsburger Verhör, den Luther am 19. November als Erwiderung auf das ihm von Friedrich sofort übermittelte Schreiben Kajetans vom 25. Oktober verfaßte, von vornherein bestimmt war, der Antwort des Kurfürsten beigelegt zu werden: er war daher in lateinischer Sprache gehalten und nimmt vielfach den Charakter einer scharfen persönlichen Auseinandersetzung mit dem gelehrten Gegner selbst an.

Dies ist neuerdings vortrefflich dargelegt worden in den „technischen Studien zu Luthers Briefen an Friedrich den Weisen“ von Th. Lockemann<sup>3)</sup>, der im allgemeinen die Entstehungssituation der mit dem römischen Prozeß zusammenhängenden Schreiben nach meinen Forschungen zeichnet, aber obige Abhandlung beim Abschluß seiner Arbeit noch nicht hatte berücksichtigen können<sup>4)</sup>. Doch hatte schon

<sup>1)</sup> Vgl. ARG. a. a. O. S. 161 ff.

<sup>2)</sup> ZKG. XXV, 412 Anm. 1.

<sup>3)</sup> Leipziger Dissertation. Leipzig 1913.

<sup>4)</sup> In dem Kapitel über „die Vorladung nach Worms“ (S. 101 ff.), in dem etwas gar zu weitschweifig dargetan wird, daß die Erklärung Luthers an den Kaiser wie das Begleitschreiben an Friedrich vom 25. Januar im Kabinett des Kurfürsten sorgfältig vorbereitet worden war, schließt sich der Vf. an meine Darlegungen in ZKG. XXV, 55 ff. an. Doch ist die voraufgehende Schilderung der kirchenpolitischen Lage bei ungenügender Berücksichtigung der „Reichstagsakten“ und in Anlehnung

Th. Brieger<sup>1)</sup> festgestellt, daß dieser von W. M. L. de Wette mit dem Reichstage von Worms in Verbindung gebrachte Brief Luthers<sup>2)</sup> eine eingehende Antwort auf die aus E. S. Cyprians „Nützlichen Urkunden“ längst bekannte Denkschrift Miltitzens darstellt, an deren fünf Punkte sich Luther unter wortgetreuer Wiederholung der Vorlage angeschlossen hat. Dies hat auch

— an das verfehlt Buch A. Hausraths (Aleander und Luther usw., 1897; Deutsche Lit.-Z. 1898, Nr. 6) verzeichnet. Meine Darstellung in der „Entstehung des Wormser Edikts“ (Leipzig 1913) S. 31 ff. lag dem Vt. noch nicht vor. — Die Lichtenburger Unterredung, in der Spalatin im Auftrage des Kurfürsten dem vom Banne Bedrohten den geplanten Weggang von Wittenberg bis auf weiteres widerraten mußte, hatte ich unmittelbar nach dem 5. November 1518 angesetzt (ZKG. XXVII, 330), wofür Lockemann S. 199f. ein weiteres briefliches Zeugnis anführt, so daß er wirklich nicht nötig hatte, meine Datierung nur für „sehr wahrscheinlich“ zu erklären. Dagegen kann ich die Gründe, mit denen er S. 206 ff. das die Vorgänge seit den Augsburger Tagen rekapitulierende Schreiben Luthers an Staupitz (Enders I, Nr. 121) vom 13. Dezember auf den 25. November verlegen will, nicht als zwingend anerkennen. Die „entscheidende“ Mitteilung Spalatins über die Entschlüsse des Kurfürsten, von denen Luther sein ferneres Verbleiben in Wittenberg abhängig machen wollte, ist eben nicht der am 1. Dezember eingetroffene Brief, so daß Luther mit den Worten: „adhuc expecto consilium eius“ nur bis zu diesem terminus ad quem an Staupitz hätte schreiben können (Enders S. 319, 28), sondern er ließ sich durch die Nachrichten über die von Friedrich vorbereiteten Maßregeln zunächst nur zu einem am 2. Dezember angekündigten Aufschub seiner Abreise bestimmen, erwartete aber noch am 13. Dezember die endgültige Entscheidung seines Landesherrn, die er erst am 20. Dezember mit dem rückhaltlosen Verzicht auf seine bisherigen Pläne dankend beantwortete (ZKG. XXVII, 331f.). Auch hat sich mehrfach gezeigt, daß die überlieferte Datierung nach dem kirchlichen Kalender, wie in dem vielberufenen Briefe an den Bischof von Brandenburg (a. a. O. S. 321 Anm. 3) das „sabbato post Exaudi“ so hier das „die Lucia“, durchaus vertrauenswürdig ist, während die Herausgeber der Witebergensis und andere besonders die ohne Datum vorliegenden Konzepte nach dem antiken oder modernen Schema zu datieren bequemer fanden.

So ist auch das in Rede stehende Schreiben Luthers, das zuerst in der Wittenberger Ausgabe (IX, 102) veröffentlicht wurde, kurzweg mit dem Zusatz „Datum in Wittenberg Anno 1521“ versehen worden: es lag eben in Luthers Entwurf vor; das Datum pflegte man nach weitverbreitetem Gebrauch erst dem Original beizufügen. Luther hat das Schreiben an den Augustinerprior Glaser, in dem sich die erste Spur seiner Bekanntschaft mit der neuen Forderung des Legaten vorfindet,

E. L. Enders anerkannt und deshalb unter genauer Kommentierung des Briefes ihn nach dem von Brieger festgestellten terminus a quo: „nach dem 19. Januar 1519“ eingeordnet<sup>1)</sup>. Diese Anfangsgrenze wird nun nach der durch den Gang des römischen Prozesses und die Geschichte der Ablassdekretale sowie durch die Itinerarien Kajetans, Miltitzens und des Kurfürsten gesicherten Festlegung der Weimarer Verhandlungen auf die letzten Tage des Monats Mai herabgerückt. Vor dem 29. konnte Luther eine Abschrift der Eingabe Miltitzens nicht erhalten haben; doch hat sie ihm der Kurfürst wie vordem die Schreiben Kajetans vom 25. Oktober 1518 und vom Anfang April 1519 so schnell zustellen lassen, daß er in der Vorrede zu dem schon im Druck befindlichen Kommentar zum Galaterbriefe die ihm gleichzeitig zugesandte Ablassdekretale als das Werk seines thomistischen Gegners kurz erwähnen konnte<sup>2)</sup>. In demselben Briefe an den Augustinerprior Martin Glaser vom 30. Mai, in dem er dieses Druckes gedenkt, findet sich nun unmittelbar vor diesem Satze die bisher nicht recht verständliche Äußerung<sup>3)</sup>:

„Roma ardet in meam perditionem et ego frigeo in eius irrisu. Dicitur mihi papyraceus Martinus in Campo Florae publice combustus, execratus, devotus. Expecto furorem illorum. Epistola ad Galatas iam sub typis formatur etc.“

nach eben dem Sonntage „Vocem Jucunditatis“ (= Rogate) datiert (am Montage danach = 30. Mai), nach dem die kursächsischen Räte, also vor allem der unzweifelhaft beteiligte Spalatin, in ihrer Denkschrift vom Dezember 1519 das Eintreffen Miltitzens in Weimar mit einem kleinen Gedächtnisfehler ansetzten (ARG. IX, 161, Anm. 3). Die Vermutung liegt nahe, daß Luther ihnen diese Erinnerung erleichtert hatte, indem er auch seinen Brief an den Kurfürsten nach diesem Feiertage datiert hatte.

<sup>1)</sup> Neue Mitteilungen über Luther in Worms. Festschrift der Universität Marburg 1883. Anhang II. S. 24 ff.

<sup>2)</sup> Luthers Briefe, Sendschreiben und Bedenken. Berlin 1825. I, 575–577: „Wahrscheinlich vom 19. März 1521.“ Danach noch Th. Kolde und J. Köstlin, während G. Kawerau in seiner Bearbeitung des Köstlinischen Werkes (1903, I, 402) die irrige Verbindung dieses Schreibens mit dem Briefe an Spalatin vom 19. März 1521 beseitigt, es aber in die Vorgänge des Jahres 1519 (S. 228) noch nicht eingeordnet hat.

<sup>3)</sup> Luthers Briefwechsel. Frankfurt 1884. I, 368 f. Nr. 139.

<sup>2)</sup> P. Kalkoff, Forschungen zu Luthers römischem Prozeß. Rom 1905, S. 67. ARG. IX, 159.

<sup>3)</sup> Enders, II, 63, 16 ff.

Man hat sich bisher damit begnügt, festzustellen, daß Luthers Schriften samt einem hölzernen Standbild in Rom nachweislich erst am 12. Juni 1521<sup>1)</sup> auf der Piazza Navona verbrannt worden sind, ohne nach der Quelle obiger Nachricht und besonders nach dem Anlaß zu der auffallenden Bemerkung Luthers über neue, ihm soeben bekannt gewordene Maßregeln der Kurie „zu seiner Vernichtung“ zu fragen. Da nun der Papst den i. J. 1518 vollständig durchgeführten ersten Prozeß gegen Luther aus Rücksicht auf die von ihm betriebene Wahl Friedrichs von Sachsen verleugnete und diese Haltung durch das merkwürdige Breve vom 29. März zu maskieren bestrebt war<sup>2)</sup>, ja für Luther, den angeblich zum

<sup>1)</sup> Nicht, wie Enders S. 64 noch anmerkt, i. J. 1520; vgl. ZKG. XXXII, 1f.

<sup>2)</sup> ZKG. XXV, 407f. Nachdem jetzt der Zusammenhang der Ereignisse wie die Haltung der beteiligten Personen hinlänglich klargestellt ist, läßt sich auch daraus folgern, welche Bewandnis es mit dem verlorenen Schreiben Kajetans an den Kurfürsten über Luthers Angelegenheit gehabt haben muß, das dieser am 13. April 1519 in einem Schreiben an seinen Freund und Ordensbruder Joh. Lang erwähnt: Der Legat hat von neuem an unsern Fürsten über mich geschrieben, „antea ineptias, nunc insanias“; er habe beschlossen, „rudissimam istam Italitatem“ den Laien bekanntzugeben (Enders II, 12, 73 ff.). Ich hatte früher (Forschungen zu Luthers röm. Prozeß, S. 9) vermutet, daß das Breve, dessen Original höchstwahrscheinlich aus dem Nachlaß Spalatins noch zu Anfang des 18. Jahrhunderts einem Lutherforscher zu Gesicht gekommen ist (Enders I, 494), dem Kommissar Miltitz mitgegeben und von diesem den Räten Friedrichs ausgehändigt wurde. Aber der Legat wird schon durch die beifolgenden Anweisungen des Papstes genötigt worden sein, diese wichtige Kundgebung der Kurie wie frühere die Wahlangelegenheit betreffende Breven mit der ersten Gelegenheit an den Kurfürsten zu befördern. Bei der von Leo X. vorgesehenen schnellen Beförderung seiner Depeschen an die Wahlgesandtschaft (ZKG. XXV, 408 Anm. 2) erhielt Kajetan, der am 28. März mit dem Erzbischof Albrecht von Mainz aus nach Oberwesel zum Kurfürstentage gereist war, die römische Sendung spätestens am 4. April; vom 5. April ist ein Schreiben des Kurfürsten von der Pfalz datiert, über dessen Inhalt Friedrich am 14. April von Altenburg aus den Rat seines Veters Georg einholte (Deutsche Reichstagsakten. Jüng. Reihe I, 520, 31 ff.); er konnte Kajetans Schreiben mit dieser Botschaft aus Oberwesel oder durch einen besonderen Kurier der päpstlichen Gesandtschaft sehr wohl schon am 11. April erhalten haben und hat wie in den beiden andern Fällen Luther sofort Mitteilung gemacht. Der Legat muß nun

Widerruf entschlossenen „geliebten Sohn“ den Kardinalshut bereithielt, so gehört jene Nachricht eben auch zu den gewohnten Flunkereien Miltitzens, der die drohende Erinnerung Kajetans an die Unterwerfung der rebellischen Kardinäle durch Julius II. ebenfalls mit dem Zusatz ausgeschmückt hatte, daß der

in seinem Begleitschreiben an Friedrich diesen Seitensprung des päpstlichen Kabinetts als einen außergewöhnlichen Akt ganz unverdienter Milde Leos X. hingestellt und sich bitter darüber beklagt haben, daß Luther nur wegen der ihm als Dominikaner imputierten Parteilichkeit und Härte nicht schon vor ihm in Augsburg habe widerrufen wollen, jetzt aber angeblich dazu bereit sei, wie das Breve auf Miltitzens Bericht hin behauptete. Er muß den Friedrichs Antwort vom 18. Dezember beigelegten Bericht Luthers über das Augsburger Verhör einer scharfen Kritik unterzogen, die Forderung eines Schiedsgerichts als ganz unzulässig zurückgewiesen und die sofortige Abgabe des Widerrufs ohne weitere Winkelzüge gefordert haben; wenn er am 25. Oktober dem Kurfürsten noch die bloße Ausweisung Luthers freigestellt hatte, so muß er jetzt dessen Auslieferung oder die Vollziehung der Strafe durch seinen Landesherrn selbst verlangt haben, dem er dann auch durch Miltitz die erste unerläßliche Maßregel gegen den abtrünnigen Priester auferlegte. Er hat diesem am 2. Mai in Koblenz seinen Brief an den Kurfürsten gezeigt und versichert, er wolle Luther jetzt alles „vergeben und vergessen haben“, — wenn er nur widerrufe! — „wiewohl jener etzliche Male wider ihn geschrieben habe“: er hatte dabei außer den „Acta Augustana“ offenbar auch die beiden Appellationen im Auge, in denen Luther ihn als Beschützer der Ablasskrämer und Oberhaupt der thomistischen Schule verdächtigt hatte (vgl. ZKG. XXXII, 220 ff., bes. 222 Anm. 1), und gerade diesen persönlichen Angriff meinte der Legat, als er nun mit der Hand auf dem Herzen feierlich gelobte, dies alles zu vergessen „ohne alles Abbitten oder Gnadesuchen“ (Enders II, 25, 41 ff. 26, 63 f.). Und eben diese Forderung einer persönlichen Abbitte hat Luther derartig in Harnisch gebracht, daß er jetzt von einer „an Wahnsinn greuzenden Tölpelhaftigkeit des hochmütigen Italieners“ redete, während er die geringschätzige Behandlung seiner in Augsburg geführten Verteidigung in Kajetans erstem Schreiben nur „läppisch“ gefunden hatte. Seiner Absicht, diese zweite Zuschrift des delegierten Richters gewissermaßen als Nachtrag zu den „Acta Augustana“ zu veröffentlichen, ist der Kurfürst sofort wirksam entgegengetreten, um einer peinlichen Verschärfung des Streites vorzubeugen: und zwar hat er Luther die gefährlichen Urkunden baldtunlichst durch Spalatin wieder abfordern lassen, so daß sie jener auch nicht der Wittenberger Sammlung seiner Werke begeben konnte, wie die übrigen wichtigen Dokumente zum Ablassstreit, die kaiserliche Denunziation vom 5. August 1518, das Breve vom 23. August und den bisherigen Briefwechsel zwischen Kajetan

Papst deren „Statuen“ verbraunt habe, ein Vorgang, der sonst nirgends erwähnt wird<sup>1)</sup>. Wohl aber hatte Luther alle Ursache, auf Grund der von Miltitz formulierten Forderungen des Legaten nun der ernstesten Bemühungen der Kurie zur Vollziehung des summarischen Urteils vom 23. August 1518 gewärtig zu sein. In seinem Entschlusse, dem Bannfluche Roms zu trotzen, den ihm angesonnenen Widerruf zu verweigern, ist er auch angesichts dieses bedrohlichen Schrittes seiner Gegner keinen Augenblick wankend geworden, wie er nun alsbald auch seinem Beschützer in jenem Schreiben versicherte, das also spätestens in den ersten Tagen des Monats Juni abgefaßt, vermutlich aber mit demselben Boten und somit schon am 30. Mai dem Kurfürsten zugesandt wurde.

Noch eine andere bisher rätselhafte Briefstelle erhält durch diese Vorgänge ihre zwanglose Erklärung. An den ihm besonders nahestehenden Augustiner Johann Lang schreibt er am 6. Juni über seine Antwort auf die gehässige Herausforderung des Dr. Eck, über den unsichern Stand seiner Zulassung zur Leipziger Disputation, die bei Herzog Georg zu hintertreiben Dr. Emser und die mit ihm verbündeten Dominikaner eifrig beflissen waren: soeben sei sein erbitterter Gegner, der Prior der Leipziger Dominikaner, zur Berichterstattung über diese wichtige Frage nach Rom geeilt. Er fährt fort<sup>2)</sup>:

„Accessit et alia his mihi maior tentatio, quibus omnibus docet me Dominus. quid sit homo, quod tamen huc usque scire mihi satis videbar; audies eam coram, si aderis.“

Die neue Erfahrung ist so bedrohlich, daß er sie dem Papier nicht anvertrauen mag, dabei aber doch das Be-

und Friedrich, alles Stücke, die uns nur auf diesem Wege überliefert worden sind. Dem Legaten wird der Kurfürst sein Mißfallen dadurch hinlänglich fühlbar gemacht haben, daß er ihn einfach keiner Antwort würdigte; und dieser wieder vermied es daraufhin, sich in dieser fatalen Angelegenheit noch einmal brieflich an den Kurfürsten zu wenden: er ließ ihm die wiederholte Forderung des Widerrufs von Koblenz aus durch das Schreiben Miltitzens vom 3. Mai zukommen (ARG. IX, 160f.) und erteilte diesem bei der Reise nach Sachsen seinen verschärften Auftrag zu mündlicher Übermittlung.

<sup>1)</sup> ARG. IX, 161.

<sup>2)</sup> Enders II, 70, 19 ff.



dürfnis fühlt, sie dem Freunde mündlich mitzuteilen. Es ist eine Anfechtung, die ihn schwerer trifft als jene literarischen Anfeindungen und mönchischen Intrigen; und in der Tat, wie sollte der arme Gelehrte sich nicht seiner Ohnmacht bewußt werden gegenüber der überwältigenden Macht der Kirche, die ihren schwersten Fluch an ihm zu vollziehen sich anschickte, so daß er lebhafter als je sich auf den allmächtigen Schutz Gottes hingewiesen fühlte.

In dem Schreiben an Friedrich ging er Punkt für Punkt auf die Denkschrift des Kommissars ein und verweigerte demnach vor allem den Widerruf, falls ihm nicht sein Irrtum nachgewiesen werde; den Vorwurf, daß er die römische Kirche herabgesetzt habe, wies er mit denselben Worten zurück, mit denen er schon in dem Entwurf eines Rechtfertigungsschreibens an den Papst vom 5. oder 6. Januar<sup>1)</sup> sein Verhältnis zur Kirche umschrieben hatte:

„plenissime confiteor, huius ecclesiae potestatem esse super omnia nec ei praeferendum quicquam sive in coelo sive in terra praeter unum Jhesum Christum“ — jetzt heißt es: „deun allein Gott selber und sein Wort“.

Die praktische Folgerung des Legaten bei weiterer Verweigerung des Widerrufs, daß der Kurfürst Luthern „auf ewige Zeiten das Predigen“ untersagen müsse, war von Brieger und Enders auf die eine der beiden mit Miltitz in Altenburg vereinbarten Bedingungen, daß beide Teile hinfort schweigen sollten, bezogen worden<sup>2)</sup>. Damit waren aber nur literarische Kundgebungen gemeint, und der armelige Kommissar hätte damit im eigenen Lager keine Beachtung gefunden, selbst wenn er sich an Luthers rühmteste Gegner, an Prierias und Dr. Eck, herangewagt hätte. Jetzt handelte es sich um die Entziehung der priesterlichen Rechte, und Luther erklärt darauf demütig, daß er es „wohl leiden wollte, nicht mehr predigen oder lehren zu dürfen,“ da er keine persönliche Ehre oder Vorteil dabei gesucht habe und wohl wisse, daß die Vertretung des göttlichen Wortes hienieden mit Kämpfen verbunden sei; doch werde er hierin nur Gottes Gebot anerkennen.

<sup>1)</sup> Bisher vom 3. März datiert, Enders I, 444, 48 ff.

<sup>2)</sup> So auch noch von Lockemann S. 78.

Der Kommissar war sodann in Weimar auf seinen eigenmächtigen Versuch zurückgekommen, bei der von sächsischer Seite gewünschten Entscheidung durch ein gelehrtes Schiedsgericht eine Rolle zu spielen, und hatte sich hinter dem Rücken Kajetans wiederum erboten, unter Zuziehung eines fremden, unverdächtigen Richters Luthers Handel beilegen zu helfen. Luther will sich das, wie er in Altenburg mit Miltitz vereinbart hatte, auch jetzt noch gefallen lassen. Er schlägt wieder dieselben drei Bischöfe vor, die er Mitte Januar auf die Aufforderung des Kurfürsten und des Kommissars hin namhaft gemacht hatte<sup>1)</sup>, die Erzbischöfe von Trier und von Salzburg und den Bischof von Naumburg. Auch in dem scharfen Schreiben an Miltitz vom 17. Mai 1519 hatte er ein Schiedsgericht gefordert, dabei aber der Aufforderung, sich vor dem Legaten und dem Erzbischof von Trier in Koblenz zu stellen, entgegengehalten, daß vor allem die Einwilligung des Papstes ihm urkundlich nachgewiesen werden müsse<sup>2)</sup>. Der Kurfürst und Spalatin aber standen der Einladung des Trierers, der ein Geleitsbrief für Luther nicht beigelegt war, mit solchem Mißtrauen gegenüber, daß sie in Weimar auf den älteren Vorschlag Luthers zurückgriffen, seine Streitfrage dem Urteil einiger Universitäten zu unterbreiten. Schon in der Erwiderung an Kajetan vom 18. Dezember 1518 hatte Friedrich diese Forderung vertreten<sup>3)</sup>, und ihre neuerliche Wiederholung stimmte vortrefflich zu der zwischen Luther und Karlstadt einerseits, Dr. Eck anderseits vorbereiteten Vereinbarung: in ihrem Vertrag über die Leipziger Disputation verpflichteten sich diese, den Universitäten Paris und Erfurt das Urteil zu überlassen<sup>4)</sup>. Der Kurfürst hat dann schon in Frankfurt das fingierte Kommissorium des Erzbischofs von Trier für seine

---

<sup>1)</sup> Zuerst erwähnt in dem Briefe an Spalatin vom 19. Januar 1519. Enders I, 368, 8 ff. Sodann S. 431, 26 ff. Nur die Erzbischöfe werden erwähnt S. 408, 19.

<sup>2)</sup> Enders II, 54, 18 ff., 55, 72 ff.

<sup>3)</sup> „cum sese Martinus offerat ad aliquarum universitatum iudicium . . .“ Enders I, 311, 46 ff. Zum Datum vgl. ZKG. XXVII, 323 ff.

<sup>4)</sup> Enders II, 73, 48 ff.

Zwecke auszunutzen versucht, doch sollte es unter die Bürgerschaft der Reichsverfassung und die Aufsicht der Reichsstände gestellt werden.

Den drohenden Hinweis auf die Unterwerfung der schismatischen Kardinäle und das Scheitern des Pisaner Konzils erwidert Luther mit dem Bedauern, daß jene nicht hätten „durchdringen“ können und daß auch sonst oftmals Kaiser und Könige mit ihren auf Besserung der kirchlichen Zustände gerichteten Bestrebungen verunglückt seien. Nichtsdestoweniger hält er an der Hoffnung fest, daß die römische Kirche den durch seine Ablaßthesen aufgedeckten Unfug, „die ungeschickten und schädlichen Predigten“ der Ablaßkrämer und die Verführung des armen Volkes durch die mißbräuchliche Verwendung der Ablassse, nicht mehr dulden werde. So hatte er sich schon in dem Schreiben an Leo X. vom 30. Mai 1518 wie in dem Entwurf vom 5. Januar 1519 zu derselben scharfen Widerklage erhoben „adversus balatrones istos“, „ne avaritiae alienae foeditate pollueretur ecclesia Romana, mater nostra, neve populi seducerentur in errorem . . .“<sup>1)</sup>.

Endlich hatte Kajetan dem Kurfürsten nachdrücklich darlegen lassen, daß die von ihm in der Erwiderung vom 18. Dezember 1518 vertretene Forderung Luthers, nicht unwiderlegt verurteilt zu werden<sup>2)</sup>, durch die eigens zu diesem Zwecke vom Papste herausgegebene Dekretale über den Ablass zur Genüge erfüllt worden sei: Luthers Zweifel seien darin endgültig behoben, so daß er keine weitere Belehrung beanspruchen könne. Darauf entgegnet Luther nur mit dem Ausdruck seines Erstaunens über die Dürftigkeit dieser angeblich erschöpfenden Definition des Ablasses; denn erstens bringe die Dekretale überhaupt nichts Neues vor und gebe den Inhalt der älteren Erlasse nur dunkel und unverständlich wieder; drittens widerrufe sie nicht die andern päpstlichen Gesetze, auf die er sich berufen habe, so daß dieser Widerspruch ungelöst bleibe, wie ihn Luther besonders einer

<sup>1)</sup> Enders I, 444, 63 ff. Vgl. ZKG. XXXII, 581 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. den bei Enders I, 311, 46 ff. mangelhaft überlieferten Absatz in ZKG. XXVII, 325.

Konstitution Klemens' V. gegenüber<sup>1)</sup> nachgewiesen hatte. Den größten Mangel aber erkenne er darin, daß die Bulle sich nicht auf einen einzigen Satz der Heiligen Schrift, der Kirchenväter, des kanonischen Rechts oder eine überzeugende Beweisführung stütze; ihre bloßen Worte könne er nicht als Belehrung gelten lassen. Es war dies dasselbe für ihn ausschlaggebende Bedenken, das er schon im Januar auf die erste Mitteilung des Kommissars hin geltend gemacht hatte:

„*audivi tamen eam (scil. decretalem illam novam) de plenitudine potestatis loqui, sine ulla autoritate scripturae aut canonum, quod certe nulli vel vetustissimo decreto concedam*“<sup>2)</sup>.

Er seinerseits beruft sich für diese Forderung auf 1. Petr. 3, 15 und 1. Thess. 5, 21: die Kirche sei danach verpflichtet, ihre Lehre zu begründen und nur das anzunehmen, was sie auf seine Übereinstimmung mit den Grundwahrheiten des Evangeliums geprüft habe; deshalb könne er auch diese Dekretale nicht „als genügsame und rechtschaffene Lehre der heiligen Kirche“ anerkennen, sondern müsse sich an Gottes Wort halten.

In dem tiefen Gefühl seiner schwer errungenen, auf Gottes Wort gegründeten Erkenntnis der Wahrheit erhebt er sich nun zu der feierlichen Erklärung:

„Dieweil zu unsern Zeiten die Schrift und alten Lehrer wieder hervordringen und man nun in aller Welt anhebt zu fragen, nicht was, sondern warum dies und das gesagt werde, ob ich schon solche bloßen Worte annähme und einen

---

<sup>1)</sup> ZKG. XXXII, 582, Anm. 2.

<sup>2)</sup> Enders I, 349, 24 ff. ARG. IX, 158. Demgemäß erklärte Luther auch im Laufe der Leipziger Disputation, wie N. Paulus a. a. O. S. 400 anmerkt, er erwidere auf die Lehrentscheidung Leos X. („*illam Leonis X. declarationem*“), daß durch bloßes Menschenwort nicht bewiesen werden könne, daß die Ablassse mit dem Schatz des Verdienstes Christi identisch seien und die durch die göttliche Gerechtigkeit geforderten Strafen aufheben — „*licet opinionem non damnem*“. Dr. Eck stellte demgegenüber fest, daß die Bulle als Ausfluß des unfehlbaren Lehramtes des Statthalters Christi aufzufassen sei, spielte also auch bei dieser Gelegenheit den Streit hinüber auf das Gebiet des päpstlichen Primats. O. Seitz, *Der authentische Text der Leipz. Disp.* Berlin 1903. S. 186, 188.

Widerruf täte, würde es nicht nur unglaublich, sondern auch für einen Spott angesehen werden und der römischen Kirche zur öffentlichen Unehre gereichen: denn was sie ohne Grund sagt und handelt, das wird durch meinen Widerruf keine Begründung erhalten.“

Ganz ähnlich wies er dem Ultimatum Leos X. an den Kurfürsten gegenüber am 10. Juli 1520 auf die wissenschaftlichen Fortschritte, das vertiefte Studium der heiligen Schriften hin sowie auf den weit verbreiteten Erkenntnisdrang, der auch die Laienwelt nach Begründung der kirchlichen Lehre aus den ersten Quellen der Offenbarung fragen lasse<sup>1)</sup>. So wie er später daraus die Unwirksamkeit des päpstlichen Bannfluches ableitet, so wiederholt er jetzt mit bitterer Ironie, daß er ohne schriftgemäße Begründung dieser römischen Wahrheit seinen Irrtum, wenn er es jemals tun müßte, zwar mit Worten widerrufen werde, dabei aber bekennen, daß er es doch anders glaube im Herzen: „das wird ihnen aber eine schlechte Ehre sein“. Denn, wie er aus dem Hinweis auf die Verfolgung des heiligen Athanasius durch die jeweilige Übermacht der ketzerischen Arianer folgert: „die Wahrheit ist damals geblieben und wird ewig bleiben“.

Aus den angeführten Gründen würdigte er denn auch diese wissenschaftlich belanglose Arbeit seines Gegners keiner Widerlegung: „ich will sie nicht verwerfen, will sie aber auch nicht anbeten“. Ja, die Dekretale fand nicht einmal im gegnerischen Lager Nachachtung.

Wie schon dargetan wurde, hatte der Legat seit der am 13. Dezember 1518 in Linz vorgenommenen Eröffnung der Bulle und ihrer alsbaldigen Drucklegung in Wien aus Mangel an Geld nur sehr wenig für ihre Versendung an die deutschen Bischöfe tun können<sup>2)</sup>. So hatte er jetzt die Reise des Kommissars nach Kursachsen benutzt, um nicht nur dem Landesherrn Luthers, sondern auch den dortigen Bischöfen beglaubigte Exemplare zustellen zu lassen. Ein solches muß Miltitz von Weimar aus dem Bischof Adolf von Merseburg übermittelt haben, der damit erst in zwölfter Stunde in den

<sup>1)</sup> Enders II, 433, 53 ff. ZKG, XXV, 508 f.

<sup>2)</sup> ARG, IX, 145 ff.

Stand gesetzt wurde, der bedenklichen Leipziger Disputation gegenüber sich auf einen päpstlichen Befehl zu berufen, nach dem jede weitere Erörterung der von Rom endgültig geregelten Ablassfragen unzulässig war. Bald nach dem Empfang der Dekretale dürfte der Bischof auch erfahren haben, daß Herzog Georg die Zulassung des gebannten Erzketzers zu dem Redekampfe beschlossen habe: am 10. Juni hatte er in Weißenfels für Karlstadt „und die, die er mit sich bringen werden“, das Geleit ausfertigen lassen. Am 20. Juni ließ nun der Bischof, mit dem der Herzog schon hatte verhandeln lassen, diesem mitteilen, daß ihm „ein Gebotsbrief, der des Papstes Gemüt und Meinung mit ausdrücklicher Strafandrohung enthielte“, zugekommen sei: er werde also seinerseits einen entsprechenden Erlaß anfertigen und dem Herzog zustellen lassen, der den öffentlichen Anschlag befehlen möge. Auf die Einwendungen Georgs, der das bischöfliche Mandat erst zu prüfen begehrte, zeigte er ihm am 25. Juni an, daß er es schon an mehreren Orten habe ausschlagen lassen. Aber durch dieses eigenmächtige Vorgehen hatte er den Zorn des Landesherrn gereizt, der diesen kirchlichen Widerspruch gegen die von ihm geplante Veranstaltung kurzerhand beiseite schob<sup>1)</sup>. So erklärt sich denn hinlänglich, was Luther bei seinem Einzuge in Leipzig am 24. Juni beobachtete. Wie er am 20. Juli an Spalatin schrieb, wurde in derselben Stunde, ehe die Wittenberger noch vom Wagen gestiegen waren, an den Kirchthüren das Verbot des Merseburger Bischofs gegen die Abhaltung der Disputation angeheftet, dem als Begründung jene neue Dekretale über den Ablass beigelegt war (*allegata et adiuncta*). Doch wurde sie nicht beachtet und die Person, die den Anschlag ohne Vorwissen des Stadtrats ausgeführt hatte, von diesem gefangen gesetzt<sup>2)</sup> — unzweifelhaft auf einen Wink des Herzogs hin.

Aber auch Luthers Antwort auf die Forderung des Legaten war ja von den Ereignissen überholt worden. Schon handelte es sich nicht mehr um die Bedingungen, unter denen

<sup>1)</sup> J. K. Seidemann, Die Leipziger Disputation. Dresden und Leipzig 1843. S. 40 ff., 135 f.

<sup>2)</sup> Enders II, 81, 12 ff.

„der schwere Handel zwischen ihm und dem päpstlichen Ablass beizulegen“ wäre; längst schon hatte sich der Streit auf jene „plenitudo potestatis“ selbst ausgedehnt, der auch die kathedrale Entscheidung über das Wesen des Ablasses entstammte. Und so hatte das Gutachten Spalatins die kirchenpolitische Lage treffender wiedergegeben, wenn er hervorhob, daß die Unterwerfung Luthers nach Maßgabe der Ablassdekretale dem römischen Stuhle jetzt kaum mehr genügen werde, da jener nun schon erheblich weiter gegangen sei: das „göttliche Recht“ des Papsttums war von Luthers Gegnern in den Vordergrund des Streites gerückt worden, und da dieser nicht zurückweichen wollte, mußte Rom bald zur Eröffnung eines neuen Prozesses schreiten, wobei das erste Urteil und mit ihm die Erklärung über den Ablass stillschweigend beiseite gelegt wurde.

---